Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 281 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50 außer Postgeld.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe
Freitag, 13. Juni

Anzeigenpreis: Hiesige Interessenten je Zeile 30 Pfg. auswärtige je Zeile 40 Pfg. — Reklamezeile 1,25 Mk. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Vor der Entscheidung

Die Aenderungen des Friedensvertrages.

(Von unserem eigens zur Friedenskonferenz entsandten zv.-Sonderberichterstatter.)

Amsterdam, 12. Juni.

Die „Daily News" meldet aus Paris, es werde angenommen, daß die hauptsächlichsten Aenderungen im Friedensvertrag folgende sein werden:

1. Saarbecken. Keine Aenderung der Bestimmung, derzufolge dieses Gebiet während eines Zeitraumes von fünfzehn Jahren der Verwaltung des Völkerbundes unterstellt wird. Es sei jedoch eine Bestimmung eingefügt worden, die es klarstellt, daß, wenn Deutschland es versäumt, am Ende dieses Zeitraumes die Bergwerke in Gold zurückzukaufen, dies dem Rechte der Einwohner, unter die deutsche Staatsobrigkeit zurückzukehren, wenn dies durch eine Volksabstimmung beschlossen wird, keinen Abbruch tut.

2. Oberschlesien. Es besteht ernster Grund, zu fragen, ob die Einwohner dieses Gebietes, selbst wenn sie in der Mehrzahl aus Polen bestehen, die polnische Souveränität der deutschen vorziehen. Es soll daher eine Volksabstimmung unter Aufsicht der Alliierten abgehalten werden. Zugleich erhält Deutschland das Recht, genügend Kohlen zu angemessenen Preisen aus diesem Gebiet zu beziehen, und zwar unabhängig davon, ob die Volksabstimmung zugunsten Deutschlands ausfällt oder nicht. Dieses Recht kann auf den Zeitraum beschränkt werden, während welchem Deutschland der Erträgnisse des Saarkohlenbeckens beraubt wird.

3. Die Frage des linken Rheinufers hängt davon ab, ob Deutschland seine Verpflichtungen loyal erfüllt. Der Zeitraum der Besetzungen wird wahrscheinlich verkürzt werden. Zugleich wird dieses Gebiet, soweit die Alliierten dafür verantwortlich sind, so gut wie sicher einer bürgerlichen und nicht einer militärischen Verwaltung unterstellt werden.

4. Entschädigungen. Ueber diese Fragen gehen die Ansichten weit mehr auseinander, als über irgend eine andere Frage, und man ist daher noch zu keiner Entscheidung gelangt. Es ist wahrscheinlich, daß der amerikanische Vorschlag, daß ein endgiltiger Betrag festgesetzt werden soll, zugunsten einer Regelung geopfert worden ist, nach der die Abschätzung der Entschädigungssumme in verschiedenen Hauptteilen, welche im Vertrage näher bezeichnet und angedeutet sind, zusammengefaßt werden und Deutschland die Gelegenheit gegeben werden soll, entweder eine eigene Abschätzung vorzulegen oder in jedem Falle Bemerkungen zur Berechnung der Alliiertenkommission zu machen. Es besteht die Absicht, Vorkehrungen zu treffen, daß dieses Verfahren bis Ende dieses Jahres erledigt ist, statt sich bis 1921 hinzuziehen, wie im ursprünglichen Vertrag vorgesehen war.

5. Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Hiergegen sträubt sich Frankreich energisch, obgleich der französische Vertreter in der Kommission für den Völkerbund, abgesehen von einem bedeutungslosen Vorteil, den sehr liberalen Vorschlägen, die diese Kommission dem Rat der Vier übermittelt hat, zustimmte. Es ist wahrscheinlich, daß keine diesbezügliche Bestimmung in den Vertrag aufgenommen werden wird. Die Neigung, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, nimmt jedoch ständig zu.

Versailles, 12. Juni.

In der heutigen Morgenpresse macht sich die Regie des Quay d'Orsay geltend. Fast sämtliche Blätter besprechen den Stand der Verhandlungen in gleichem Sinne. Es wird angenommen, daß sie noch heute abend zum Abschlusse kommen, so daß die Ueberreichung der Antwort spätestens Sonnabend erfolgen würde. Dann würde am 23. Juni der Waffenstillstand im guten oder schlechten Sinne sein Ende finden. Wenn man Pichons Worten glauben darf, ist mit Abänderungen zu rechnen; doch scheinen die Zugeständnisse so geringfügig zu sein, daß selbst ein so abgeänderter Vertrag für Deutschland unannehmbar bleiben muß. Pertinax setzt im „Echo de Paris" seine Angriffe gegen Lloyd George fort. Sein ursprünglicher Artikel wurde deshalb durch die Zensur verstümmelt. In einer zweiten Ausgabe des Blattes findet man die Zensurlücke nicht mehr, dafür aber die Angabe, daß über wichtige Fragen des Völkerbundes der Viererrat erst heute endgültig Beschluß fassen werde. Gleichzeitig läßt sich daraus entnehmen, daß für das besetzte Rheingebiet eine Zivilverwaltung vorgesehen wird, über deren Art allerdings nichts verlautet. Man erkennt ferner, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund beschleunigt werden soll, und daß für Oberschlesien eine Volksabstimmung vorgeschlagen wird. Seltsamerweise spricht man aberwieder von Ost- und Westpreußen, noch von Danzig, und noch viel weniger vom Saargebiet. Betreffs der Wiedergutmachung scheint ein vermittelnder Vorschlag gemacht werden zu sollen, der offenbar darin besteht, daß eine Kommission mit Deutschland darüber verhandeln soll. Die Beschlüsse der Commission des Réparations sollen scheinbar scharf umrissen werden, so daß ihre Aufgabe lediglich die Kontrolle des deutschen Budgets in bezug auf die Steuerleistungen sein wird. Die Voraussage, durch den Verlauf der Interpellationen in der Kammer werde Clemenceaus Stellung im Viererrat etwas gestört werden, scheint sich zu bewahrheiten. Im übrigen aber muß man den Wortlaut der Antwort abwarten. „Humanité" dürfte die Lage gut kennzeichnen, wenn sie bemerkt, daß alle Abänderungen wenig bedeuten wollen. Es handle sich um ein Räuberwerk, um ein Werk des schamlosen Imperialismus, gegen das sich schon heute das Weltgewissen und die soziale Internationale auflehnen. Es werde sich indes, selbst wenn Deutschland vergewaltigt werden sollte, lediglich darum handeln, wie lange ein derartiger Vertrag aufrechtzuerhalten sein werde.

Die Morgenblätter erklären bestimmt, die Antwort der Alliierten werde spätestens am Freitag abend oder Sonnabend vormittag überreicht werden. „Echo de Paris" berichtet, die alliierten Delegierten hätten den gestrigen Tag als ausgezeichnet bezeichnet. Es bestehe völlige Einigkeit. An den wesentlichen Klauseln des Vertrages werde nicht gerührt. Die von Deutschland zu zahlende Gesamtschuld werde nicht sofort festgesetzt. Die Antwort der Alliierten werde dem Grafen Brockdorff-Rantzau keine andere Wahl lassen, als spätestens am 22. Juni zu unterzeichnen, oder Deutschland den Folgen der Kündigung des Waffenstillstandes auszusetzen. Marschall Foch und General Weygand hätten gestern mit Clemenceau über den etwaigen Vormarsch der alliierten Armeen gesprochen. Die allgemeine Ansicht sei gestern abend gewesen, Graf Brockdorff sei zu engagiert, um zu unterzeichnen. Das jetzige Kabinett werde in den ersten Juliwochen durch ein gemäßigtes unabhängiges mit Erzberger ersetzt werden, das gewillt sei, die Entente-Bedingungen anzunehmen. Der „Matin" meldet außerdem noch einige Einzelheiten, darunter die Mitteilung, bei der Aufnahme in den Völkerbund werde Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht allen anderen Nationen gleichgestellt werden.

Paris, 12. Juni.

Der Bericht über die diplomatische Lage besagt unter anderm: Die Modalitäten der Zulassung Deutschlands in den Völkerbund wurden nicht bestimmt. Die französischen Delegierten bringen Einwürfe vor, die sich dem unverzüglichen oder befristeten Eintreten Deutschlands in den Völkerbund widersetzen. Sobald Deutschland Mitglied des Bundes sein wird, werde es die gleichen wirtschaftlichen Vorteile bezüglich der Rohstoffe usw. genießen, wie die anderen Mitglieder. Deutschland wird eine Frist von 6—8 Tagen erhalten, um seinen endgültigen Entschluß bekanntzugeben. In dieser Frist sind die für die Kündigung des Waffenstillstandes nötigen drei Tage enthalten. Wenn die deutsche Regierung die Unterzeichnung des Vertrages verweigert, würden die Truppen Fochs gleich am Tage nach Ablauf der Frist den Vormarsch beginnen. Man beabsichtigt, die Heimschaffung der Beamten des österreichischen diplomatischen Korps in Südamerika, da sie aller Hilfsmittel entblößt sind.

Eröffnung der Kölner Universität

Köln, 12. Juni.

Heute mittag wurde durch einen Festakt im Gürzenich die wiedererrichtete Kölner Universität eröffnet. Oberbürgermeister Adenauer hielt eine längere Ansprache, in der er einen Rückblick auf die alte Kölner Universität warf, die nächst der Heidelberger die älteste Universität Deutschlands sei. Nun sei nach hundertjährigem Schlummer die Universität Köln zu neuem Leben erwacht. Er dankte allen, die daran mitwirkten, und namentlich der preußischen Regierung, als deren Vertreter er den anwesenden Unterstaatssekretär vom Kultusministerium Dr. Becker begrüßte.

Das Ende des Parteitages in Weimar

Eine Entschließung der Sozialistischen Mehrheit

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Weimar, 12. Juni.

An die Reden Scheidemanns und Bernsteins knüpfte sich eine allgemeine Diskussion.

Landwirtschaftsminister Braun erklärt, Bernstein hätte zur Kriegspolitik der Partei schreiben müssen. Er war auch für die Bewilligung der Kredite und hat sich auf die Gegenseite geschlagen, als Ostpreußen von Rußland befreit wurde. Ein historisches Recht der Polen auf Oberschlesien, Masuren, Memel und Teile von Posen besteht nicht. Diese Gebiete haben niemals zu Polen gehört. Bernstein kennt sich in seinem eigenen Vaterlande nicht aus. Wenn das historische Recht gilt, dann haben auch wir Anspruch auf Elsaß-Lothringen. Bernstein hat nur immer die halbe Wahrheit gesagt. Wir kannten den raubgierigen Imperialismus der Entente und daher erklärten wir uns für die Verteidigung des Vaterlandes, um einen Gewaltfrieden, wie wir ihn jetzt erhalten, abzuwehren. Selbst wenn Bernstein in seiner Weltfremdheit die meisten Friedensbedingungen für annehmbar und gerecht hielte, hätte er das jetzt nicht sagen dürfen. Damit erschwert er unseren Genossen im Auslande ihren Kampf gegen Clemenceau. (Sehr richtig!) Die Entente fürchtet den deutschen Sozialismus, daher ihre unerhört harten wirtschaftlichen Bedingungen. Den feindlichen Gewalthabern hat Bernstein ungewollt, aber tatsächlich in die Hand gearbeitet. Er ist ein Eingänger nicht nur im Volk, sondern auch in der Partei. (Beifall.)

Schirmer-Fürth betont, wir hätten uns stets so klar und eindeutig wie heute Scheidemann zum Rechtsfrieden bekennen müssen. Die Arbeiterschaft steht geschlossen hinter der Regierung. Die Regierung darf nun aber auch die Arbeiter nicht im Stiche lassen. Chefredakteur Adolf Bauer-Nürnberg führt aus: „Bernstein versteht nichts von praktischer Politik, sonst hätte er eine so ungeeignete Rede nicht halten können. Die Versailler Bedingungen können wir nicht unterschreiben, weil wir sie nicht durchführen können. Mögen sich die Feinde ein deutsches Reich zur Unterzeichnung suchen. (Beifall.)

Abg. Hermann Müller: Bernstein mag von den besten Absichten beseelt sein, aber man kann ihn nicht anders als unter dem Gesichtspunkt des Rabbinens von Minsk behandeln. Seine Rede war der Gipfel der Verfahrenheit. Er hätte sich an die Entschließung von Bern halten und den jetzigen Frieden mit ihr vergleichen müssen. Sogoden hat den Versailler Vertrag als Schuld bezeichnet. Wir denken nicht daran, neun Zehntel dieser Schuld als Recht zu erkennen. Wir haben großes Interesse am Völkerbund, aber was man uns präsentiert, ist schamloser Humbug. Die vier starken Männer in Paris führen die Internationale noch nicht einmal an. Unsere Kriegspolitik ist im wesentlichen richtig gewesen.

Frau Franz-Langenbielau bemerkt, Herr Bernstein hat ganz unverantwortlich geredet. Kein Proletarier in Oberschlesien ist für Polen. Wir erheben flammenden Protest gegen den Friedensvertrag.

Eine Entschließung zur auswärtigen Politik

Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat, wie uns ein eigener Drahtbericht meldet, heute folgende Resolution zur auswärtigen Politik angenommen. Der Parteitag spricht seine Entrüstung darüber aus, daß die Entente dem deutschen Volk einen Gewaltfrieden aufzwingt, der die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des deutschen Volkes unterbindet und ein politisches Dasein Deutschlands unmöglich macht. Diese Friedensbedingungen hält der Parteitag für unvereinbar mit den Grundlagen der Wilsonschen Friedensbedingungen. Sie sind ebenso unvereinbar mit den Beschlüssen der Internationalen Konferenzen in Bern und Amsterdam. Ganz besonders stellt er sich auf den Boden der Beschlüsse der internationalen Sozialistenkonferenz, die im Februar dieses Jahres in Bern getagt hat. Er begrüßte diese Tagung und den Geist, der sie beseelt hat, als ein erfreuliches Zeichen der Wiederanknüpfung der durch den Krieg zerrissenen internationalen Beziehungen der Parteien der Sozialdemokratie und als Zeichen der Ermöglichung gemeinsamer Aktionen. Die sozialdemokratische Partei hat großes Interesse am Völkerfrieden und am Befreiungskampf der arbeitenden Klassen. In Bezug auf die allgemeinen Aussichten des Weltkrieges hat die Sozialdemokratie der Länder der sogenannten Entente schon im Jahre 1915 Erklärungen abgegeben, denen sich der Parteitag gerne anschließt. Die Konferenz denkt nicht daran, die allgemeinen und tiefen Ursachen des europäischen Konfliktes zu verkennen, und sieht es als das ungeheuerliche Produkt der Gegensätze, welche die kapitalistische Gesellschaft auf der einen, sowie der aggressiven und imperialistischen Politik auf der anderen Seite, die der internationale Sozialismus nie unterlassen hat zu bekämpfen und an der alle Regierungen ihren Teil der Verantwortlichkeit haben. Aber der Einfall der deutschen Armee in Belgien und Frankreich untergräbt den Glauben an Verträge. In Bezug auf die Feststellung der persönlichen Verantwortung für den Ausbruch des Krieges und die Art der Kriegführung fordert der Parteitag der sozialdemokratischen Partei von der Regierung ein rücksichtsloses Vorgehen."

Der Parteitag drückt die Erwartung aus, daß die deutsche Erklärung in die Bestimmungen des Bundes zur Unterzeichnung für vollwertig angenommen wird, daß die deutsche Republik gleichzeitig mit den übrigen Nationen als gleichwertiges Mitglied im Bunde aufgenommen und bei Festsetzung der Grenzen Selbstbestimmungsrecht der Einwohner gewährt wird. Die deutsche Sozialdemokratie ruft die Internationale zum Protest auf gegen den unerhörten Gewaltfrieden der modernen Geschichte. Zu dieser Resolution wurden noch einige Zusätze angenommen, die im wesentlichen folgenden Inhalt haben: Die Kriegsschäden der Hungerblockade müssen angerechnet werden. Deutschland erklärt sich bereit, die Schuldfrage international klären zu lassen, es lehnt aber ab, Deutsche vor ein ausländisches Gericht zu stellen. Deutschland protestiert gegen jede Einsetzung einer Fremdherrschaft, wie eine solche aus der internationalen Kontrollkommission erwachsen könne. Er protestiert gegen die Verfälschung des Selbstbestimmungsrechtes im Westen, Osten und Norden.

Noch schärfer als die bisher erwähnten Vertreter sprach sich ein Delegierter aus Leipzig aus, der von dem Bernstein-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191906131-12/fragment/page=0001

Wahrheitsfimmel redete. Scheidemann nannte in seinem Schlußwort Bernsteins „Uebergerechtigkeit" direkt perverS. Nebenher ging eine Auseinandersetzung über **Kontinentalpolitik,** die auch von einzelnen Sozialisten vertreten war. Bernstein hat diese auf den Gegensatz Kontinental-Europas zum Angelsachsentum eingestellte Politik als ebenso dumm wie verwerflich bezeichnet. Ein Anhänger dieser Politik, Vorsitzender des Zentralrates, Cohen-Reuß, hatte ihm geantwortet, und trotz des schweren Kampfes in langer Rede die Grundsätze der Kontinental-Politik entwickelt. Gegen Cohen trat Ministerpräsident Scheidemann auf, der auch scharfe persönliche Angriffe gegen die führenden Vertreter dieser Politik richteten, so gegen Georg Bernhard, Jul. Kaliski und Cohen. Dieser setzte sich, so gut er konnte, zur Wehr. Zum Schluß gab es noch ein heiteres Zwischenspiel. Ein Delegierter aus Jena, der fortgesetzt die Verhandlungen durch linksradikale Zwischenrufe störte, wurde an die Luft gesetzt. Wie der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung, Loebe, mitteilt, wird am Montag die Nationalversammlung zusammentreten, um zu der Antwort der Entente auf die deutschen Gegenvorschläge Stellung zu nehmen. Am Tage vorher will die sozialdemokratische Fraktion mit ihr beschäftigen, so daß der Parteitag bis Sonnabend zu Ende geführt werden soll.

Eine Unterredung mit Ludendorff

Der Berliner Vertreter der „New-York World" hatte vor kurzem eine Unterredung mit General Ludendorff, in der sich dieser besonders über das Verhältnis zwischen Deutschland und der Union verbreitete. Er sagte unter anderem, er habe niemals daran gezweifelt, daß die Entente bei ihrem Vernichtungsbestreben Deutschland im Falle ihres Sieges ihren Willen auferlegen werde. Deshalb habe er sich nie den Träumereien vom Verständigungs- und Gleichberechtigungsfrieden hingegeben. Jetzt sei er weniger überrascht als die Mehrheit seiner Mitbürger, die sich in Illusionen wiegten. Er begreife, daß Herr Wilson seine vierzehn Punkte gegen das Drängen der viel schwerer verwundeten Kampfgenossen nicht so durchzusetzen vermochte, wie er es vielleicht wollte. Der Grund hierfür ist, daß in dieser Lage die Vereinigten Staaten nicht mehr die dazu nötige Macht über die Bundesgenossen hatten. Ihre Macht habe sich durch den deutschen Zusammenbruch nicht erhöht, im Gegenteil auf lange Hinaus stark zu ihren Ungunsten verschoben. Immerhin seien die Unterschiede zwischen den Punkten und den Friedensbedingungen so über alles Erwarten groß, daß zu vermuten sei, auch der Präsident werde mit diesem Ergebnis der Konferenz nicht zufrieden sein. Die Bedingungen seien von außerordentlicher Härte und großer Kurzsichtigkeit. Die härteste Bedingung sei die Frage der Wehrkraft. Keinem Fachmann und auch keinem halbwegs gebildeten Laien brauche man zu beweisen, daß Deutschland an die Aufstellung eines neuen Kriegsheeres unter den jetzigen Umständen nicht denken könne. Mit der im Versailler Vertrag vorgeschriebenen Truppenzahl aber sei die innere Ruhe und Ordnung nicht wieder herzustellen und zu erhalten. Dazu würden 300 000 Mann knapp genügen.

An der Sicherung der Finanzlage müsse den Weimächten ebensoviel liegen, wie Deutschland selbst. Ihr eigenstes Interesse fordere ein lebensfähiges, arbeitsfähiges und arbeitsfreudiges Deutschland. Das könne aber nicht werden, wenn es bei der Schmälerung Westpreußens und der Abschnürung Ostpreußens bliebe.

So könne auf jedem Gebiet das Unhaltbare der Bedingungen dargelegt werden. Das schlimmste an ihnen sei mit einem Wort die Arbeitslosigkeit, die Deutschland droht.

Der Völkerbund, den ja auch schon Deutsche, z. B. Kant, geplant hätten, dessen Verwirklichung aber ein Verdienst Wilsons bleibe, könne, wenn er in richtigem Geist gegründet und geleitet werde, sicher sehr Nützliches leisten. Daß er Deutschland nicht aufnehmen oder auf die Dauer ausschließen wolle, sei nicht glaubhaft. Sein Stifter werde ihm nicht in der ersten Lebensstunde den Todeskeim einimpfen.

Was die Auslieferungsfrage angehe, äußert er sich folgendermaßen: Er sei persönlich bereit, vor ein unbefangenes Völkertribunal hinzutreten, er bemerke hierbei, eine Anklage gegen den Kaiser, der politisch stets durch seinen Reichskanzler und militärisch durch die Oberste Heeresleitung gedeckt war, und persönlich daher nicht zur Rechenschaft gezogen werden könne, sei ein Unding. Der Krieg sei geführt, wie Ehre, Gewissen und Vaterlandsliebe es befehlen. Schimpf man mich, so fuhr er fort, hier oder dort, das berührt mich nicht. Die immerhin gewaltige Arbeit, die Tag und Nacht auf mir lag, hat mich abgehärtet, und mit dem großen Bismarck sage auch ich:

Meine Ehre vor Gott und den Menschen ist mein Eigentum. Ich gebe mir selbst soviel, wie ich davon verdient zu haben glaube und verzichte auf jede Zugabe.

Die Zukunft des Rheinlandes

Berlin, 12. Juni.

Ueber die Zukunft der Rheinlande äußerte sich der Reichskolonialminister Bell in seiner dreifachen Eigenschaft als Mitglied der Reichsregierung, als Abgeordneter der Deutschen und der Preußischen Nationalversammlung u. a. folgendermaßen:

Die Frage des zukünftigen Schicksals der Rheinprovinz muß von jedem Rheinländer ebenso wie von jedem anderen Deutschen als rein innere deutsche Angelegenheit betrachtet werden. Kein Rheinländer, der noch einen Tropfen rheinischen, zugleich also kerndeutschen Blutes in seinen Adern trägt, wird jemals an eine Lostrennung der Rheinprovinz von Deutschland denken. Nicht zu verwechseln mit diesen Loslösungsbestrebungen vereinzelter erledigter Leute sind die in mannigfacher Form seit Dezember 1918 aufgetauchten Pläne einer rheinischen oder rheinisch-westfälischen oder westdeutschen Republik. Die Anhänger dieses Gedankens wollen unter allen Umständen die Rheinlande dem Deutschen Reiche gesichert wissen, aber unter gleichzeitiger Trennung von Preußen. Ueber dieses schwierige Problem sind natürlich sachdienliche Meinungsverschiedenheiten möglich. Unerläßliche Voraussetzung bleibt aber, daß ihre Regelung erst nach Friedensschluß erfolgt, und zwar ausschließlich durch die verfassungsgemäßen zuständigen Organe. Ich persönlich stehe der Frage eines rheinischen Freistaates in irgend welcher Form mit dem größten Bedenken gegenüber. Dieser Freistaat würde weder den Rheinlanden noch dem Deutschen Reiche zum Glücke gereichen. Dabei ist unter allen Umständen das Reichsinteresse voranzustellen. Die Vereinigung beider Interessen, des Rheinlandes und des Reiches, wird nach meiner Ueberzeugung am besten dadurch erfolgen, daß auf der einen Seite die verfassungsrechtliche Zuständigkeit des Reiches wesentlich erweitert und der Reichsgedanke bis zur tunlichsten Ausbildung der Reichseinheit gefestigt, auf der anderen Seite aber in den einzelnen Reichsgebieten die Selbstverwaltung in verstärktem Umfange durchgeführt wird, besonders auch in den Rheinlanden und in Süddeutschland. Inzwischen wird es die Hauptsache der Regierung sein, den begründeten Wünschen der Rheinländer in weitestem Umfange entgegenzukommen.

Frankfurt a. M., 12. Juni.

In der auswärtigen Presse hat es Befremden erregt, daß der allgemeine Ausstand gegen die Ausrufung der rheinischen Republik schon nach wenigen Stunden in Wiesbaden eingestellt wurde, während er in Mainz erst abends beendet wurde. Die Ursache liegt darin, daß der französische Kommandant von Wiesbaden um 12 Uhr mittags Befehl gab, alle vor das Kriegsgericht zu stellen, die die Arbeit nicht sofort aufnehmen, ebenso die Ladeninhaber und Hoteliers, die ihre Betriebe nicht öffneten.

In einer von den unabhängigen Sozialdemokraten einberufenen Versammlung in Köln zur Stellungnahme gegen die rheinische Republik erklärte der Mehrheitssozialdemokrat Abgeordnete Runge, daß aus einer Besprechung mit belgischen, französischen und englischen Arbeitern hervorgegangen sei, daß die in Deutschland verbreiteten Gerüchte von einer möglichen Revolution in den Ententeländern unzutreffend seien. Im Auslande fänden nur wirtschaftliche, aber keine politischen Ausstände statt.

Berlin, 12. Juni.

Der Korpssoldatenrat des achten Armeekorps hat in einem Schreiben an den Reichspräsidenten im Auftrage aller rheinischen Truppenteile, die seit der Besetzung der Rheinlande durch unsere Gegner in Osnabrück und Umgebung ihre zweite Heimat gefunden haben, schärfsten Protest gegen die Errichtung einer Republik der Rheinlande erhoben.

Kapitalismus und Vaterland

Eine Unterredung mit Hirsch.

Amsterdam, 12. Juni.

Der Berliner Vertreter des „Daily Herald" hatte eine Unterredung mit dem preußischen Ministerpräsidenten Hirsch, in der dieser äußerte, die Politik der preußischen Regierung gehe dahin, die Ausnahmegesetze gegen die Polen aufzuheben. Ueber die sogenannte rheinische Republik sagte der Ministerpräsident, er habe Beweise dafür, daß von gewissen deutschen Kapitalisten 10 Millionen Mark für die Propaganda zugunsten eines französischen Protektorats bezahlt worden seien, die von der französischen Militärbehörde ernstlich unterstützt würde. Gewisse Leute in Deutschland wünschten, der schweren Besteuerung zu entgehen, die die sozialistische deutsche Republik allen Kapitalisten auferlegen werde, und wollten ihren Besitz vor der Nationalisierung schützen. Diese Menschen seien treue Anhänger des alten Sprichwortes, daß der Kapitalismus kein Vaterland kenne. Früher, unter dem Kaiser, seien sie Ultrapatrioten und Anhänger der schlimmsten annexionistischen Pläne gewesen, und jetzt versuchten sie, den Folgen der sozialistischen Gesetzgebung zu entrinnen, indem sie sich den französischen Kapitalisten, ihren früheren Feinden, in die Arme würfen.

Ein Leipziger Protesttag

Leipzig, 12. Juni.

Heute fanden, veranstaltet von dem Verband der Industriellen, des Handels, des Gewerbes und verschiedener anderer kaufmännischer Angestellten-Verbände drei Massenversammlungen zugunsten des Wiederaufbaues des deutschen Volkswirtschaftslebens statt, welche namentlich den Abbau der Kriegsgesellschaften sowie die Beseitigung der Zwangswirtschaften forderten und die Planwirtschaft des Reichswirtschaftsministers Wissell entschieden verwarfen. Als Hauptredner waren die Mitglieder der Nationalversammlung Dr. Zöphel, Privatangestellter Schneider, Staatsminister a. D. Nitzsche-Leipzig erschienen. Ein Teil der Fabriken, Handelsbetriebe und Detailgeschäfte waren geschlossen. Das sozialdemokratische Gewerkschaftskartell hatte gleichzeitig neun Protestversammlungen zugunsten des sozialen Wirtschaftssystems einberufen. Die Straßenbahnangestellten streiten auch, um gegen die Schließung der Ladengeschäfte zu demonstrieren.

Polens Rüstungen

Danzig, 12. Juni.

In einem Funkspruch aus Warschau, gezeichnet Vizeminister Majewski, Brigadegeneral, an die polnische Militärmission, General Rome, in Paris, wurden per Sonderzug 10 000 Gasmasken, sowie Mauser- und Mannlichergewehre verlangt. Ferner soll außer den bereits festgesetzten Bestellungen von den elf polnischen Sendungen wenigstens die Artillerie abgesandt werden. An den Staatspräsidenten der polnischen Republik, Paderewski, in Paris, erging die Weisung, den alliierten Regierungen und dem Marschall Foch die Bitte des Kriegsministeriums zu übermitteln, daß Rumänien den Auftrag erhält, eine bestimmte Anzahl russischer vollzähliger Drei-Zoll-Batterien von dem dortgebliebenen Material, sowie wenigstens 3000 Schuß pro Geschütz an Polen abzutreten. Die Angelegenheit sei dringend, wegen des langsamen Eintreffens der französischen Artillerie.

Berlin, 12. Juni.

Von der schlesischen Uebergangsstation der Haller-Truppen sind beunruhigende Nachrichten eingetroffen. An Ort und Stelle wurde der Beginn der Feindseligkeiten befürchtet. Die Nachrichten werden beschleunigt nachgeprüft. Im Falle von Verletzungen der Transportanmachungen durch die Polen werden die weiteren Transporte nicht durchgeführt werden können. Bisher sind aber sichere Unterlagen für eine solche Maßnahme nicht gegeben. Die Transporte müssen daher weitergeführt werden, so sehr auch gerade diese unerhört drückende Bestimmung unseres Waffenstillstandsvertrages die Gemüter der Ostdeutschen mit Sorge erfüllt. Wir müssen, nachdem so lange Geduld geübt wurde, bis zum Schlusse der laufenden Friedensverhandlungen ausharren.

*

Berlin, 12. Juni.

Nach amtlichen Berichten wurde von deutschen Einwohnern in mehreren Orten des Kreises Birnbaum wiederholt die Unterschrift unter einer Liste für die Zuteilung ihrer Ortschaften zum polnischen Reiche dadurch erpreßt, daß sie durch polnische Soldaten mit dem Gewehr bedroht wurden. So kommen Eingaben der Einwohner in von den Polen besetzten Teilen Preußens zugunsten Polens zustande.

Polnische Greuel

Ein Hilferuf der Ukraine.

Wien, 12. Juni.

Aus Lemberg wird durch Boten folgender Hilferuf der Ukrainer gebracht:

Das in Ostgalizien einrückende polnische Militär und die neu eingesetzte Verwaltungsbehörde führen gegen die Ukrainer und Juden einen wilden Ausrottungskampf. Ueberall ist das Standrecht verhängt und sind militärische Strafabteilungen errichtet worden. Die in polnische Gefangenschaft geratenen ukrainischen Soldaten, auch die Offiziere, werden sofort gehängt, Kranke und Verwundete getötet. In Städten und Dörfern werden die Angehörigen der ukrainischen Intelligenz, vor allem die Geistlichen und Lehrer, massenhaft verhaftet und zumeist standrechtlich sofort abgeurteilt. Der Pfarrer Demtschuk in Sokul, ein 70jähriger Greis, wurde standrechtlich aufgehängt, weil sein Sohn als ukrainischer Stadtkommandant fungierte. Ebenso wurden die Pfarrer Pelensky, Lopatynskyj und Pelech gehängt, der Pfarrer Myschankowskyj aus Stryj wurde ohne Verhör von polnischen Soldaten erschossen. Sämtliche ukrainische Zeitungen wurden untersagt. Die ukrainischen Eisenbahn- und Postbediensteten in Lemberg wurden verhaftet. Eine in das Brezhilanerkloster in Podwlocz eingedrungene polnische Legionsabteilung verhaftete sämtliche Mönche und steckte die Druckerei, die Bibliothek und die Kunstsammlung in Brand. In der ukrainischen Kirche in Domaschiv wurde ein Mannschaftskloset eingerichtet. Die rituellen katholischen Begräbnisse der Ukrainer sind verboten."

Der Freiheitskampf der Tiroler

Innsbruck, 12. Juni.

In feierlicher Sitzung der Landesvertreter gab Landeshauptmann Schraffl eine Erklärung ab, in der er unter anderem ausführte:

Das Land Tirol fühlt sich frei von der Schuld am Kriege, ist nur dem Staate bis zu dessen Zusammenbruch treu geblieben und hat darum auch auf redliche Friedensbedingungen gerechnet. Das an Freiheit gewöhnte Tiroler Volk soll durch den Friedensvertrag auseinandergerissen, wirtschaftlich lebensunfähig und zum Teil noch dazu national geknechtet werden. Die Friedensbedingungen gehen über das nationale Selbstbestimmungsrecht kalt hinweg und verlangen die Unterjochung von über 200 000 deutschen und ladinischen Tirolern unter fremde Herrschaft. Durch den angebotenen Frieden würde die Entente in Tirol eine Brandstätte schaffen, von der aus jederzeit der Friede und die Ruhe Europas gefährdet werden könnten. Wir geloben feierlichst, nicht zu rasten, nicht zu ruhen und keine Opfer zu scheuen, bis auch dem Lande Tirol die Sonne des Friedens und der Volksfreiheit leuchten wird.

Die Erklärung wurde von der Versammlung mit Beifall aufgenommen. Nach Erklärungen der Vertreter der Parteien wurde ein von allen Parteien vereinbarter Aufruf an die Völker Amerikas und Italiens einstimmig angenommen, in dem die Amerikaner gefragt werden, ob sie dem zustimmen könnten, daß in Südtirol ein Volk geknechtet und der Fremdherrschaft ausgeliefert werde. An das Volk Italiens wird die Frage gerichtet, ob es jenes Unrecht, das es selbst schmerzlich empfunden und endlich abgeschüttelt habe, jetzt wirklich einem Teile jenes Nachbarvolkes auferlegen wolle, das mit ihm in Frieden und Freundschaft zu leben wünsche. Der Aufruf schließt mit der Frage an die Völker des Erdballs, ob mit ihrer Zustimmung die Wilsonschen Grundsätze zu einer Kriegslist herabgewürdigt werden und Deutsch-Südtirol aus einer Souveränität in die andere wie eine Ware verschoben werden sollte.

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung ist auf den 16. Juni vormittags 10 Uhr nach Weimar einberufen worden.

Botschafter Graf Bernstorff, der Chef der Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen, hat sich heute nach Weimar begeben. Er wird von Legationsrat Dieckhoff und dem Attachee Prinzgheim begleitet.

Der ehemalige Statthalter von Elsaß-Lothringen Staatssekretär a. D. Dr. Johann Schwander ist zum Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau ernannt worden.

Wie Prag sich sichert. Laut Amtsblatt ist das Standrecht für Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates verhängt und die Vorzensur über die Blätter eingeführt worden.

Eisenbahnunglück. Auf der Strecke Groschowitz—Brockau wurde das Gleis über einer Flutöffnung gesprengt. Ein Güterzug ist dort entgleist. Die Lokomotive und 15 Wagen stürzten die Böschung hinab und wurden schwer beschädigt. Der Lokomotivführer ist anscheinend leicht verletzt. Die Strecke bleibt vorläufig gesperrt. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten.

Letzte Nachrichten.

Rennen zu Berlin-Karlshorst

Eigene Drahtmeldung der „H. Z."

I. Preis von Drensteinfurt. Ehrenpreis und 10 000 Mark. 3400 Meter. 1. Ariadne, 2. Philomele, 3. Uberzogt. Toto für Sieg: 102, Plätze: 34, 22, 20. Richterspruch: Kopf, 4 Meile. Ferner liefen: Lot, Hackeläuer (gefallen), Bennevar, Ripi (gefallen), Goldgräber (ausgebrochen), Lausbub.

II. Charlottenburger Erinnerungs-Rennen. 15 000 Mark. 3500 Meter. 1. Check, 2. Adjutant, 3. Marksteln II. Toto für Sieg: 99, Plätze: 21, 19, 15. Richterspruch: 4, 1, ¾ Längen. Ferner liefen: Rheinpreußen, Oha, Melisena, Freilauf, Ferne (gefallen), Laubfrosch, Major Rosy.

III. Jungfern-Jagdrennen. 12 000 Mark. 3400 Meter. 1. Ostry, 2. Rumplertaube II, 3. Fliegender Aar. Toto für Sieg: 38, Plätze: 15, 17, 29. Richterspruch: 5, 1½, 2½ Längen. Ferner liefen: Parat, Minora, Wildtöter, Gisela (ausgebrochen), Ober (gefallen).

IV. Fortunapreis. Ehrenpreis und 25 000 Mark. 4000 Meter. 1. Octolan, 2. Totola, 3 Löwen. Toto für Sieg: 33, Plätze: 13, 12, 23. Richterspruch: 7, 4, ¾ Längen. Ferner liefen: Sieg, Malachit (angehalten), Ormus, Nike (gefallen), Flieger (gefallen).

V. Germania. 40 000 Mark. 4400 Meter. 1. Albani, 2. Indus, 3. Favoritin. Toto für Sieg: 119, Plätze: 28, 17, 38. Richterspruch: 6, 1, 4 Längen. Ferner liefen: Cormoran, Feierabend (gefallen), Alerich, Leopard, Diamond Hill, Rustic.

VI. Preis von Stargard. 15 000 Mark. 3800 Meter. 1. Estalla, 2. Flandern, 3. Rotdorn. Toto für Sieg: 26, Plätze: 14, 26, 30. Richterspruch: 3, 3, 11 Längen. Ferner liefen: Siegerin (gefallen), Achmed, Grazioso, Onix.

VII. Trost-Jagdrennen. 10 000 Mark. 3600 Meter. 1. Gisela, 2. Teerose, 3. Corsicau II. Toto für Sieg: 20, Plätze: 15, 17. Richterspruch: 2, 8 Längen. Ferner lief Peredus (ausgebrochen).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191906131-12/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 13 Juni.

Die Besoldung der Stadtverordneten

Der Haushaltsausschuß beriet über einen Antrag der U. S. P. auf Entschädigung der Stadtverordneten für Lohnausfälle und sonstige Aufwendungen. Er einigte sich auf folgenden Antrag des Berichterstatters: „Der Magistrat wird ersucht, eine Vorlage auszuarbeiten, nach welcher den Stadtverordneten gemäß Gesetz vom 24. Januar 1919 eine Entschädigung für die Teilnahme an den Sitzungen der Gemeindevertretungen (Ausschüsse, Deputationen, Kommissionen) gewährt werden soll." Als Grundsätze dieser Entschädigung wurden festgestellt: 1. Jedes Mitglied der Stadtverordnetenversammlung erhält für die Teilnahme an den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sowie für die Teilnahme an den Sitzungen der Ausschüsse und Deputationen eine Entschädigung von 5 Mk. 2. Ein Verzicht auf den Entschädigungsausgleich ist unzulässig. 3. Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung erhalten Freifahrkarten zur Benutzung der Straßenbahn. — Einen breiten Raum in den Erörterungen nahm die Vorlage des Magistrats betreffs Aenderung des Fahrgeldtarifs für die Straßenbahn ein. Von sozialdemokratischer Seite wurde ein Einheitstarif von 20 Pfg. gefordert. Demgegenüber wurde an dem Staffeltarif von 20 Pfg. für 3 Teilstrecken, und von 25 Pfg. für mehr als drei Teilstrecken festgehalten. Dagegen wurde ein Ausgleich insofern beschlossen, als Monatskarten bis zu sieben Teilstrecken in Zukunft 14 Mk. kosten sollen. Für Monatskarten über sieben Teilstrecken wurde der Preis auf 22 Mark festgesetzt. Arbeiterwochenkarten werden für alle Strecken 1,50 Mk., Schülerwochenkarten für alle Strecken 1,25 Mk. kosten. Arbeiter-Wochenkarten für je eine Fahrt vor 8 Uhr morgens sollen 0,75 Mk. kosten. — Beim Etat der Friedhofsverwaltung ist die Mehrausgabe infolge von Lohnerhöhungen usw. um 223 000 Mark gestiegen. Demgegenüber wurde eine Erhöhung sämtlicher Friedhofsgebühren um 60 Prozent beschlossen. Die Beschlußfassung über die Bewilligung von Kriegsbeihilfen an Kriegsaushilfen wurde vertagt, weil seitens des Magistrats Tarifverhandlungen eingeleitet sind.

Versorgung des Handwerks mit Werkzeugen und sonstigen Bedarfsgegenständen.

Der Magistrat teilt mit:

Die aus dem Heeresdienst zur Entlassung kommenden Handwerker sehen sich bei der Wiedereingangsetzung ihrer Betriebe vielfach Schwierigkeiten gegenüber, unter denen der Mangel an Werkzeug und Maschinen, an Nähnadeln, Hals- und Fertigfabrikaten besonders drückend empfunden wird. Um dieser Not zu steuern, hat sich das Reichsverwertungsamt bereit erklärt, dem Handwerk durch Abgabe von Werkzeugen usw. aus freiwerdenden Beständen der Heeres- und Marine-Verwaltung zu Hilfe zu kommen. Diese Hilfe würde dem Handwerk schnell und einfach zu teil werden, wenn die Abnahme der Güter aus den Lagern des Reichsverwertungsamts in größeren Mengen, am besten waggonweise, durch Genossenschaften und andere Vereinigungen sowie die Wirtschaftsstellen der Kammern erfolgen würde, denen dann die Weiterleitung an die einzelnen Handwerksbetriebe obliegt. Aber auch die Abnahme kleinerer Mengen ist vorgesehen dadurch, daß das Reichsverwertungsamt in Anweisung von dem somit von ihm befolgten Grundsatze, nicht an Einzelpersonen zu verkaufen, entgegenkommenderweise sogenannte Kleinverkäufe zugelassen hat, d. h. Verkäufe an einzelne Betriebsunternehmer bis zu einem Höchstbetrag von insgesamt 3000 Mark und nicht über 1000 Mark der einzelnen Warengattung. Voraussetzung ist dabei, daß der einzelne Handwerker einen Dringlichkeitsschein der Handwerkskammer oder der von ihr damit betrauten Stelle (Wirtschaftsstelle, Verdingstelle usw.) vorlegt, in dem bescheinigt wird, daß er der erbetenen Werkzeuge oder Waren usw. zur Ingangsetzung oder Fortführung seines Betriebes unbedingt bedarf.

Es wird im eigenen Interesse der Handwerker liegen, von diesem Angebot weitestgehenden Gebrauch zu machen, da ein gleichmäßiges Verhalten bei diesem Anlaß auf die Neigung der Behörden zu gleichem Entgegenkommen bei anderer Gelegenheit ungünstig einwirken müßte. Jede nähere Auskunft erteilt bereitwilligst die Handwerkskammer, Barfüßerstraße 6.

— **Der Trauerstreik für die Luxemburg.** In den hiesigen Betrieben ist, wie bereits mitgeteilt wurde, geheime Abstimmung über die Beteiligung der Arbeiterschaft an dem für heute angesetzten Trauerstreik für Rosa Luxemburg abgehalten worden. Die Abstimmung im Buchdruckgewerbe ergab Ablehnung des Streiks. Das Erscheinen der hiesigen Zeitungen wird somit durch den Streik nicht in Mitleidenschaft gezogen werden.

— **Vermißten-Listen.** Durch die Zeitungen machen sich jetzt viele Stellen erbötig, gegen Entgelt Zusammenstellungen von Vermißten in Bahnhofswirtschaften, Lesehallen, Banken, Friseurgeschäften usw. zum Auslegen zu bringen, mit der Begründung, daß hierdurch die Aufklärung von Vermißten erfolgen würde. Da diesen Firmen nicht das ausreichende Material zur Verfügung stehen kann, um allen Anforderungen auf Nachforschung nach Vermißten usw. gerecht zu werden, andererseits von den Angehörigen Geldbeträge für die Auskünfte gefordert werden, so sieht sich das Zentral-Nachweise-Büro des Kriegsministeriums, im Interesse des Publikums veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß das Zentral-Nachweise-Büro des Kriegsministeriums, Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 48, welchem das gesamte amtliche Material an Hilfsmitteln für Nachforschungen zur Verfügung steht, alle diese unentgeltlich macht. Jedem steht es nach wie vor frei, sich unmittelbar an das Zentral-Nachweise-Büro in Vermißten-, Gefangenen- usw. Angelegenheiten zu wenden.

— **Lehrgang für Jugendpfleger und Jugendpflegerinnen.** Vom 15. Juli bis 8. August d. J. findet in Merseburg im Jugendheim „Herzog Christian" ein Lehrgang zur Ausbildung und Fortbildung von Jugendpflegern und Jugendpflegerinnen statt. Die Lehrgegenstände sind systematisch auf die einzelnen Wochen folgendermaßen verteilt worden: 1. Woche: Jugendkunde, Jugendpsychologie, ärztliche Fürsorge für die heranwachsende Jugend, Bedeutung der Leibesübungen für die Jugenderziehung, Jugendspiele, Organisation der Verbände für die Pflege der Leibesübungen. 2. Woche: Die volkswirtschaftliche und staatsbürgerliche Erziehung der heranwachsenden Jugend, Fortbildungsschule und Jugendpflege, Berufsberatung für Jugendliche, die Verbände für die berufsmäßige Organisation im Bezirk, Jugend- und Zimmer-Gesellschaftsspiele. 3. Woche: Die Erziehung der schulentlassenen Jugend zur Naturbeobachtung und Freude an der Natur. Naturdenkmalpflege im Dienste der Jugenderziehung und Volksbildung. Jugend- und Volksschrifttum und Jugenderziehung. Einrichtung und Verwaltung von Jugend- und Volksbüchereien. Die Mithilfe der Jugendpflege bei Erforschung der Sitten und Gebräuche. Musik und Gesang in Jugendvereinigungen. Ring- und Volkstänze. Die Organisation der Jugendverbände mit allgemeinen ethischen und humanitären Zielen. 4. Woche: Lebenskunde in Jugendvereinigungen. Die künstlerische Erziehung der Jugend. Die dramatische Kunst in Jugendvereinigungen. Volkshochschulbewegung und Jugendpflege. Die Organisation der Jugendpflege. Ring- und Volkstänze. — Wir können den Jugendpflegern und Jugendpflegerinnen die Teilnahme an diesem Lehrgange nur empfehlen. Fahrgeld und Tagegeld werden gezahlt. Ausbildungsplan und Vordrucke zur Anmeldung sind vom Bezirksjugendpfleger in Merseburg zu beziehen.

— **Das Roden seelmäßig angebauter Frühkartoffeln** vor dem 1. Juli wird vom Magistrat im Stadtbezirk Halle untersagt. Das Stadternährungsamt (Abt. Kartoffeln) ist befugt, auf begründeten Antrag Ausnahmen zu bewilligen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geld bis 10 000 Mark oder einer dieser Strafen geahndet.

— **Das Diakonissenmutterhaus „Cecilienstift" in Halberstadt,** dem die Kirchenkollekte des kommenden Sonntags gebührt, hat aus Anlaß seines am 11. Juni in der Stille begangenen 46. Jahresgedenktags den Arbeitsbericht für 1918/19 herausgegeben. Danach arbeiten Cecilienschwestern außer im Mutterhause auf 259 Außenplätzen, meist in der Provinz Sachsen, aber auch in den angrenzenden Bundesstaaten. 157 Schwestern dienen 10 870 Kindern, die in drei Säuglingsfürsorgestellen, vier Krippen, 125 Kinderpflegen (Kleinkinderschulen), zwei Horten, einem Erziehungsheim, einer Kinderheilstätte und einer Blindenanstalt — zusammen 138 Pflegestätten — gesammelt sind. 143 Schwestern dienen 132 207 Kranken und Siechen in elf Krankenhäusern, fünf Hospitälern, 70 Gemeindepflegen, 26 Kinder- und Gemeindepflegen bereint, einer Windenfürsorgeanstalt, einer Augenklinik, einer Trinkerfürsorge, einem Sanatorium, einer Klosterschule und drei Lazaretten — zusammen 121 Pflegestätten. In Halle arbeiten Cecilienschwestern in der Lauchstädter Straße, Ludwigstraße und am Martinsberg, in der Langestraße und Sophienstraße, der Kinderheil- und Pflegestätte in der Ludwigstraße, in der Kleinen Klausstraße und der Prov.-Blindenanstalt und in Halle-Glaucha. Aus dem Saalkreis nennen wir die Orte: Beesenlaublingen, Wettin, Gutenberg und Schochwitz. — Im Hinblick auf die ausgedehnte Arbeit des Halberstädter Mutterhauses ergeht die dringende Bitte um Schwestern! Zugleich sei auch hingewiesen auf das staatlich anerkannte Kindergärtnerinnenseminar des Cecilienstifts. Die Not in unserem unglücklichen Volk wächst immer mehr. Da müssen auch der Helferinnen in der Not mehr werden.

— **Ein Kirchenchor an St. Ulrich.** Für den Ostbezirk der Ulrich-Gemeinde hat sich eine größere Zahl von stimmbegabten Herren und Damen zu einem Kirchenchor zusammengeschlossen, der es sich zur Aufgabe macht, zur Verschönerung des Gottesdienstes und zur Erbauung der Gemeinde an den Festtagen beizutragen. Die Uebungsstunden werden Freitags abends um 8 Uhr im „Delitzscher Hof", Sandsberger Straße 68, abgehalten. Neue Mitglieder sind jederzeit willkommen.

— **Der Verein des Blauen Kreuzes** gedenkt am Sonntag fein 23. Jahresfest zu feiern durch einen Festgottesdienst um 10 Uhr in der Glauchaer Kirche und durch eine Nachversammlung im Stadtmissionshause um 3 Uhr. An beiden Stellen wird Hofprediger David aus Halberstadt die Festpredigt halten. Außerdem Ansprachen, Gesänge und Gedichtvorträge.

— **Bad Wittekind.** Mittwoch abend fand ein vom Seifert-Orchester ausgeführtes Extra-Konzert statt, das sich eines sehr guten Besuches erfreute. Musikdirektor Richard Seifert, ehemaliger bayerischer Militär-Musikmeister, ist der Nachfolger Rohlands. Er übernahm im Frühjahr d. J. die Kapelle, die er durch Hinzuziehung erstklassiger Musiker bedeutend vergrößerte und durch sachgemäße, künstlerische Schulung in ein Konzertorchester umwandelte, das auch größeren musikalischen Anforderungen gerecht sprechen kann. Mit den gestrigen Darbietungen führte sich der Dirigent bei dem Wittekind-Konzertpublikum in anerkennenswerter Weise ein. Jedes Konzertstück der im heiteren Stile gehaltenen Vortragsfolge fand starken Beifall; besonders zeichneten sich zwei jugendliche Solisten als Künstler auf der Klarinette und Trompete aus. — **Morgen,** Freitag, nachmittags um 3½ Uhr, findet Kurkonzert von der Kapelle des Füsilier-Regiments Nr. 36 unter Leitung des Kapellmeisters Otto Haupt statt. (Siehe Anzeige.)

Aus der Gemeindevertretung Nietleben

In der gestrigen Sitzung der Gemeindevertretung teilte der Vorsitzende mit, daß er 600 Ztr. Kirschen und 200 Ztr. Auslandskartoffeln bestellt habe. Weiter sollen in Ermangelung von Kartoffeln Kartoffelschlosser besorgt werden. Sodann machte der Vorsitzende Mitteilung über das Ergebnis der Generalversammlung der Amsdorfer Ueberlandzentrale. Gemeindevertretung empfiehlt jedem Hausbesitzer, sich eine Aktie von 200 Mk. zu sichern, um so den billigeren Strompreis zu erhalten. Der Sühnetermin in der Wasserprozesssache findet am 17. Juni 1919 in Halle statt. Unter weiteren geschäftlichen Mitteilungen wurde bekanntgegeben, daß sich hier ein Tierarzt niederlassen will, sobald eine entsprechende Wohnung zur Verfügung steht. Sodann wurde einstimmig beschlossen, nochmals beim Kreisausschuß des Saalkreises wegen beschleunigter Eingemeindung des gesamten Gutsbezirkes Granau nach Nietleben vorstellig zu werden, da die Lasten, welche die Gemeinde Nietleben durch den Gutsbezirk hat, von Jahr zu Jahr unerträglicher werden. So beträgt z. B. der Zuschuß der Gemeinde an Schullasten infolge Beschulung von Granauer Arbeiterkindern in diesem Jahre 11 564 Mk., der — falls ein Gutsbezirk nicht vorhanden wäre — durch Anwendung der Bestimmungen des § 53 d. KAG. erheblich herabgemindert werden könnte. Weiterhin beschloß die Vertretung einstimmig die Bildung eines eigenen Amtsbezirkes, weil die Gemeinde Nietleben über 5000 Einwohner zählt und weil aus praktischen Gründen eine einheitliche Amts- und Gemeindeverwaltung unerläßlich erscheint, zumal hier ein berufsmäßiger Gemeindevorsteher mit verwaltungstechnisch gebildetem Personal vorhanden ist.

Wegen Erweiterung des Friedhofes soll die Pfarr- und Friedhofskommission der Vertretung zweckentsprechende Vorschläge machen. Auf Antrag des Gemeindevertreters Meerettig soll beim Regierungspräsidenten ein Antrag auf Verkürzung der Belegungsdauer der Grabstätten von 30 auf 25 bzw. 20 Jahre gestellt werden, um so evtl. aus der größten Not herauszukommen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurden zu Mitgliedern der Armenvertretung sämtliche Mitglieder der Gemeindevertretung gewählt, da dies aus allgemein praktischen Gründen geboten erschien.

Eine Ehrengabe für Eberhard König. Die Langhans-Stiftung des Deutschnationalen (Sitz Gotha) zur Ehrung völkischer Dichter und Künstler verlieh ihren diesjährigen Ehrenpreis von 1000 Mark dem Dramatiker und Epiker Eberhard König in Frohnau in der Mark. Die Ehrung erfolgte als Anerkennung für die letzten drei Hauptwerke Königs: das dramatische Heldengedicht „Wieland der Schmied", „Gevatter Tod" (ein Märchen von der Menschheit) und die Legenden „Von dieser und jener Welt".

Nachdruck verboten.

Die Referendarin

82]

Roman von Carl Busse.

Mit einem weh verwunderten Blick sah sie über sein Haupt hinweg, das sich so tief beugte.

„Denk nicht böse von mir, Ju," sprach er leise.

Und da war es, als ob etwas in ihr ganz ruhig würde. Eine große Stille war in ihrem Herzen.

„Nein," erwiderte sie — es war mehr ein Regen der Lippen, als ein voller Laut.

Sanft machte sie ihre Hände frei. Sie sahen sich in die Augen.

Ohne ein weiteres Wort legte sie die Hand auf die Klinke.

Er wollte zusehen, ob auch niemand auf der Treppe war und auf der Straße.

Aber sie schüttelte den Kopf. Sie ging ruhig und aufrecht die Treppen hinunter.

Wenn ihr jetzt ganz Großkirchen hier begegnet wäre — es wäre ihr gleich gewesen.

Fünfzehntes Kapitel.

Ueberall hin — nur jetzt nicht nach Hause!

Es war der einzige Gedanke, den Ju fassen konnte, der sich mit aller Kraft ihr aufdrängte.

Durch den Regen ging sie, ihr Kleid schleppte wieder über die feuchten Steine und durch die Lachen, naß sprühte es ihr ins Gesicht, aber es tat ihr fast wohl.

Und in ihrem Herzen war noch immer jene große Stille, die sich vorhin, als Peter ihr gegenüber gestanden, eingestellt hatte. Das ängstigte sie und wunderte sie wie etwas Fremdes, das sie nicht deuten konnte. Sie wußte nur, daß sie damit jetzt nicht nach Hause konnte in die enge Enge und Alltäglichkeit.

Immer stärker wurde der strömende Regen. Sie mußte sich nach einem Obdach umsehen, in ein Haus treten.

Und plötzlich schritt sie schneller. Sie lief beinah. Sie raffte jetzt auch ihr Kleid.

Onkel Hermann — er wohnte ja gleich hier an der Ecke — zu ihm wollte sie: Laß mich nur ruhig sitzen, weiter nichts!

Und blitzartig kam ihr eine Erinnerung: Als kleines Mädchen war sie auch durch den Regen einmal zu ihm gelaufen — im Arm die tödlich verletzte Puppe —, und er hatte den Puppenkopf geleimt, daß alles wieder gut gewesen und sie fröhlich von ihm nach Hause gegangen war.

Eine leise Wärme kam in ihr Herz. Als könne sie vor dem Regen und allem andern eben nur zu dem alten Manne flüchten, als ob sie dort geborgen wäre.

Und als sie die Ladentür öffnete, fühlte sie an dem Gebimmel der Glocke, wie lange sie nicht hier gewesen war. Es schoß fremd und vertraut . . . ein Klang aus ganz früher Zeit. Und wie vor vielen, vielen Jahren gingen auch heut die Uhren noch . . . laut und leise, schnell und langsam . . . und der Onkel saß wieder am Arbeitstisch.

Sie hatte geglaubt, er würde sich über ihr Kommen wundern, und sagte ein paar Worte. Aber er nickte nur: „Da bist du ja, Kindchen!" Als hätte er sie erwartet; als wäre es selbstverständlich. Wenn sie Kummer hatten, kamen sie alle zu ihm: die Kleinen mit zerbrochenen Zinnsoldaten, Drachen und Puppenköpfen, die Großen mit verwirrten und zerschlagenen Herzen. Nur wenn sie im Glück saßen, dachten sie nicht an ihn.

„Glücksnaß bist du ja!" schalt er gutmütig. „Wie die Traufe steht die Hutkrempe voll!"

Und sie mußte den Hut abnehmen, das ganz durchnäßte Schuhzeug ausziehen und sich nebenan auf das wackelige Kanapee legen, während er eine Decke holte, ihr die Füße einwickelte und ihr zuletzt noch ein Kissen unter den Kopf schob.

„Laß doch!" wehrte sie, aber es war ihr selbst nicht Ernst damit. Es war so wundervoll wohltuend, wie ruhig der alte Mann hantierte, wohltuend, sich so selbstverständlich umhegt zu sehen. Sie schloß die Augen; ihr war, als wäre sie nun wieder das Kind, als wäre sie heimgekommen.

Der Uhrmacher fragte sie auch gar nicht. Er ging leise ab und zu, hostelte an den Uhren, klemmte das Glas ins Auge. Hin und wieder warf er einen flüchtigen Blick auf Ju, als wäre er nicht recht mit ihr zufrieden.

Unter sol cheinem Blick schlug sie die Augen auf.

Sie schauten sich beide an.

Da nahm er, ohne zu fragen, einen Stuhl und setzte sich neben sie.

„Ich hab' auf dich gewartet, Kindchen," begann er langsam und stockend. „Ich wußte, daß du kommen würdest. Und ich hab' immer selber zu mir gesagt: wenn die Ju jetzt kommt, erzählst du ihr, was du ihr früher noch nicht erzählt hast."

Sie hörte den ruhigen Worten zu, ohne sich viel dabei zu denken. Ein anderer hätte sie ausgefragt — Onkel Hermann schien alles zu wissen. Er wollte keine Beichte.

Statt dessen erzählte er selbst. Er sah vor sich hin — er sah noch mehr in sich hinein.

„Viele haben sich gewundert, weshalb ich ein alter Junggeselle geblieben bin. Früher haben sie mich auch viel geneckt deshalb und mich mit manchem schmucken Mädchen zusammengebracht. Handwerk, heißt es wohl, hat goldenen Boden. Den habe ich nicht gefunden. Aber es hätte immer gelangt, noch eine Frau und ein paar Kinderchen durchzubringen. Wo sich viel Schnäbel aufsperren, gibt der liebe Gott meistens auch viel Futter. Also deshalb war es nicht.

„So haben sich die Leute schließlich damit abgefunden, daß ich ein grilliger Eigensinn sei und ein unpraktischer Dröseler, der den Segen der Ehe nicht einsehen wolle und auch zu linkisch sei, sich ein Mädchen zu erobern.

„Das aber war auch nicht richtig. Denn die Ehe — daß die gut ist, hab' ich immer gewußt. Man wird erst durch die Ehe voll, Kindchen, und wer nicht heiratet, wird auch nicht fertig. Dem in dem liegen Kräfte brach, und der Mensch soll alle Freuden und Leiden der Welt kosten und sich von ihnen nähren. In einer kleinen Schachtel da vorne habe ich kürzlich einen Magnet gefunden — so 'n Hufeisen, wie's die Jungens kaufen. Das hat lange allein gelegen, und es sah noch sehr schön aus, aber die Kraft, Kindchen, die war weg. Der Magnet, der nichts zu tragen hat, verliert die Kraft. So, denk' ich mir, ist es mit dem Herzen. Wer nichts zu sorgen und zu lieben und zu tragen hat, ist auch nicht voll. Also geheiratet hätte ich schon. Und was die Mädchen anbelangt, — es ist wahr, wenn die andern damals in den spanischen Mänteln ihnen nachgestiegen sind, hab' ich lieber zu Hause gesessen und mir Lieder zusammengesucht. Aber Blut hatte ich auch . . . und es war eine da, die ich gern hatte . . . und da war ich auch nicht zu schüchtern.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191906131-12/fragment/page=0003

Provinz Sachsen

— **Teuchern**, 11. Juni. (Verschiedenes.) Durch Zuwahl von 3 Lehrern (Rektor und 2 Volksschullehrer) ist heute die hiesige Schuldeputation vervollständigt worden. Da auch einer der gewählten Stadtverordneten Lehrer ist, gehören also vier Lehrpersonen der Schuldeputation an. Mitglied ist auch der erste Geistliche unserer Stadt. — Heute wurde hier eine Vereinigung selbständiger Handwerker und Gewerbetreibender von Teuchern und Umgegend gebildet. 65 Mitglieder haben sich bereits derselben angeschlossen. — Auf der Bahnstrecke zwischen Bahnhof und Obernessa hat sich heute ein fremder Mann überfahren lassen. Namen und Heimatsort desselben konnte nicht festgestellt werden.

t. **Querfurt**, 12. Juni. (Die Einbrüche) mehren sich in erschreckender Weise. Vergangene Nacht ist wieder an fünf verschiedenen Stellen eingebrochen worden, darunter in ein Modewarenhaus der Hauptgeschäftsstraße. Hier entwendeten die Täter für ca. 5000 Mk. Waren, in einem zweiten Falle Kleinteire im Werte von 1000 Mk. Infolge der überhandnehmenden Diebereien trotz militärisch verstärkten Nachtschutzes wollen die Geschäftsleute künftig ihre Läden während der ganzen Nacht beleuchtet lassen.

— **Magdeburg**, 12. Juni. (Große landwirtschaftliche Ausstellung.) Wohl die erste größere Ausstellung, die nach Kriegs- und Revolutionszeiten in Deutschland geplant ist, findet vom 11. bis 15. September in Magdeburg statt. Sie wird von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft veranstaltet und soll Maschinen und Geräte für die Landwirtschaft umfassen. Als Ausstellungsplatz kommt der fast noch inmitten der Stadt belegene große Schrote-Exerzierplatz in Frage. Die Ausstellung (Anmeldefrist 30. Juni) zerfällt in drei Gruppen: Gruppe I: Prüfung neuartiger landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte (Vorprüfung). Gruppe II: Neuartige landwirtschaftliche Maschinen und Geräte ohne Prüfung. Gruppe III: Geschäftsoder Bürostände, in denen die landwirtschaftlichen Maschinenfirmen Modelle, Pläne und Zeichnungen zur Schau stellen können.

M. **Magdeburg**, 12. Juni. (Elbwasserstand und Trockenheit.) Die seit Wochen mangelnden Niederschläge haben den Elbwasserstand, der längere Zeit eine recht erfreuliche, für die Schiffahrt bequeme Höhe hatte (wenn auch das übliche Frühjahrshochwasser diesmal völlig fehlte), so sehr herabsinken lassen, daß gegenwärtig am Magdeburger Pegel nur noch 50 Zentimeter gemessen werden. Im Stadtgebiet mußte die Fahrinne schon durch Baken abgegrenzt werden. — Auch für die Landwirtschaft drohen in der Magdeburger Gegend bedenkliche Zustände, wenn sich nicht bald kräftiger Regen einstellt. Die Anpflanzungen auf den Feldern zeigen den Stand, den sie sonst vier Wochen früher einzunehmen pflegen.

△ **Weimar**, 11. Juni. (Mit der Erneuerung des gesamten Schulwesens) in Sachsen-Weimar geht natürlich auch die Aenderung des bisherigen Verhältnisses der Organisten und Kirchschullehrer zu den Kirchgemeinden Hand in Hand. Vor allem ist es die bislang sehr vernachlässigte Entschädigungsfrage, welche zur Erörterung steht. Für eine endgültige und für das ganze Land maßgebende Regelung haben die im Kirchendienst stehenden Lehrer bestimmte Richtlinien aufgestellt. Danach ist der Organist verpflichtet, bei allen vertraglich festgelegten Gottesdiensten und mit Orgelspiel verbundenen kirchlichen Handlungen in einer der Feier entsprechenden Weise die Orgel zu spielen. Für seine Mühewaltung erhält er eine Pauschalsumme unter Zugrundelegung folgender Mindestsätze: für einen Hauptgottesdienst 10 Mk., für jeden Nebengottesdienst, für Taufen und Trauungen 6 Mk., für jeden Chorgesang mindestens 15 Mk.; an Wegegebühren für das angefangene Kilometer des Hin- und Rückweges 0,50 Mk. — Der Kantor erhält, wenn er nicht Organist ist, für Leitung des Gemeindegesanges eine Pauschalsumme unter Zugrundelegung der Mindestsätze für jeden Chorgesang mindestens 15 Mk., für jede Beerdigung 10 Mk. Für das Lesen einer Predigt in Vertretung des Geistlichen 6 Mk. Die Zahlung der Gebühren für Kasualien hat durch die Kirchkasse, die aller anderen durch die Landeskirchenkasse zu erfolgen.

— **Greiz**, 12. Juni. (Generalstreik.) Als Protest gegen die Erschießung des Spartakistenführers Lewiné ist hier gestern in den Generalstreik eingetreten worden. In den meisten Betrieben wurde die Arbeitseinstellung durch eine demonstrierende Menge erzwungen, wobei es zu schweren Ausschreitungen und Mißhandlungen kam. Die Zeitungen wurden ebenfalls gezwungen, ihr Erscheinen einzustellen. In Zeulenroda streikten die Post- und Bahnangestellten.

„H.J." Sportberichte

— **1910er Sportplatz** (hinter der Pferderennbahn am Passendorfer Busch). Am kommenden Sonntag nachmittag ¼4 Uhr treffen sich im Wiederholungsendspiel um den 1910er Pokal Minerva I und Eintracht I. Minerva konnte beim letzten Spiel gegen Eintrachtmur ein 1:1-Resultat herausholen, nachdem Minerva bereits fast drei Stunden gegen 1910 gekämpft hatte. Die letzten Resultate besagen die gute Form der beiden Gegner. Vorher: 2 Uhr: Eintracht III gegen 1910 III; ½5 Uhr: Eintracht II gegen 1910 II.

— **Die Hauptversammlung des Deutschen Touring-Club** fand in München statt. Der Jahresbericht verzeichnet einen Stand von über 5500 Mitgliedern und ein Vereinsvermögen von rund 57 000 Mk., zu dem noch eine Reserve von 23 000 Mk. kommt. Ein Antrag der Sektion Leipzig, den Klubnamen in „Deutscher Fahrten-Bund" abzuändern, wurde einstimmig abgelehnt, da im international anerkannten, der deutschen Sprache verwandten Namen „Touring-Club" sich die ganze Daseinsberechtigung des Klubs verkörpert, der auch heute noch mit den Klubs gleichen Namens in den neutralen Ländern und mit zahlreichen ausländischen Volksbehörden in ständiger Verbindung steht. Den bisher bestehenden Abteilungen für Automobiltouristik, Radwandern, Luftfahrt, Wasser- und Wintersport wurden zwei neue angegliedert, nämlich eine Lichtbild-Abteilung und eine Jugendabteilung, die sich hauptsächlich die Schaffung von Jugendherbergen im Alpengebiet angelegen sein lassen soll. Auch mit der Beschaffung von Sommerfrischen für seine Mitglieder will sich der T. C., dessen Hauptgeschäftsstelle in München, Prannerstraße 24, verbleibt, befassen. Die alte Klub-Vorstandschaft wurde einstimmig wiedergewählt.

— **Preußisch-sächsische Starter im Großen Preis von Hamburg.** Für das 100 000 Mark-Rennen, das Sonntag, den 15. Juni auf der Bahn zu Hamburg-Groß-Borstel zur Entscheidung kommt, gelten folgende Pferde als Teilnehmer: R. Haniels Traum (5 Kilogr. (Blume); desselben Leuchtturm 54½ Kilogr. (Janek); Frhr. v. Oppenheims Marmor 65 Kilogr. (Zimmermann); desselben Sarabade 65 Kilogr. (X); W. Ottos Wirbel 62½ Kilogr. (Jenisch); P. Lenz' Menovinger II (49½ Kilogr. (Olejnik); Gest. Sonnenhauens Selika 48 Kilogr. (Wenler); v. Friedheims Feuer 49½ Kilogr. (Schlüfte); Gest. Gradiz' Abschluß 47 Kilogr. (Kaiser); R. v. Schmiebers Purzelbaum 47 Kilogr. (Wenzel); v. Weinbergs Rosenritter 47 Kilogr. (O. Schmidt); und Beldunis Herzliebste 48 Kilogr. oder Heuchelei 48 Kilogr. (Grüß).

— **Die Meldungen zur Kieler Woche.** Infolge Fehlens der großen deutschen Jachten haben die Meldungen zur diesjährigen Kieler Woche eine nicht unwesentliche Beeinträchtigung erfahren, um so mehr, als bei den schwierigen Transportverhältnissen eine große Anzahl von Stammgästen der Kieler Woche aus dem Binnenlande diesmal von einer Meldung abgesehen hat. Da man damit in Kiel gerechnet hat, wurden in diesem Jahre zum ersten Male Ausgleichswettfahrten für alle Jachten, die sonst nur der alten Schoonerklasse für einige Rennen vorbehalten waren, in das Programm aufgenommen. Dieser Versuch hat sich rein zahlenmäßig durchaus bewährt, da sechzehn der alten großen Kreuzerjachten gemeldet wurden. In den klassifizierten Rennen herrscht diesmal in Kiel die Zolle vor. — Aus Berlin wurden der Achter „Spofa" und das Sonderklassenboot „Molch" gemeldet.

— **Einen falschen Richterspruch** gab es im Gouverneurausgleich. Aus dem Endkampfe zwischen Feuerbach, Purzelbaum, Mühlin, Merowinger II und Majoratsherr stolte Feuerbach als Kopfsieger über die im toten Rennen eingekommenen Purzelbaum und Merowinger II hervorgegangen sein. Später wurde der Richterspruch dahin geändert, daß Purzelbaum und Dubin Zweiter wurden, dagegen Merowinger II Vierter.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Mitteilungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Zur Förderung des Kleinwohnungsbaues

Auf Anregung des Staatskommissars für das Wohnungswesen sind die nachstehend aufgeführten Hypothekenbanken dahin übereingekommen, einen Betrag von 50 Millionen Mark für Hypotheken bei 4½proz. Verzinsung und ½proz. Tilgung ohne jede weiteren Unkosten, also auch unter Verzicht auf die Erstattung des Reichspfandbriefstempels, zur Verfügung zu stellen, um den Kleinwohnungsbau zu fördern. Die Hypothekenbanken werden aus ihrem Kreise einen Ausschuß bestellen, der die Verteilung eingehender Kaufanfragen auf die einzelnen Institute übernimmt. Die Beträge sollen nicht nur dazu dienen, um die erstmalige Beleihung, welche nach dem Hypothekenbankgesetz bis ⅔ der Taxe gehen kann, zu gewähren, sondern auch darüber hinaus zweitstelligen Kredit zu geben, der unter selbstschuldnerischer Bürgschaft öffentlich rechtlicher Korporationen, also auch des Staates, in Anspruch genommen wird. Die einzelnen Hypothekenbanken behalten sich vor, auf die ihnen zufallenden Beträge diejenigen Beträge in Anrechnung zu bringen, welche sie bereits auf Kleinwohnungsbauten bewilligt, aber noch nicht ausgezahlt haben, sofern sie nunmehr auf die neuen günstigeren Bedingungen umgestellt werden. Die Bereitstellung der Beträge soll bis zum 1. Juli 1920 gelten. Es kommen folgende Hypothekenbanken in Frage: Preußische Zentral-Bodenkredit-Akt.-Ges. in Berlin, Deutsche Hypothekenbank in Meiningen, Hypothekenbank in Hamburg, Frankfurter Hypothekenbank in Frankfurt a. M., Preußische Pfandbriefbank in Berlin, Schlesische Bodenkredit-Aktienbank in Breslau, Preußische Bodenkredit-Aktienbank in Berlin, Preußische Hypotheken-Aktienbank in Berlin, Deutsche Grundkreditbank in Gotha, Deutsche Hypothekenbank (Aktiengesellschaft) in Berlin, Rheinisch-Westfälische Bodenkreditbank in Köln a. Rh., Berliner Hypothekenbank-Akt.-Ges. in Berlin, Norddeutsche Grundkreditbank in Weimar, Rheinische Hypothekenbank in Mannheim. Kapitalnachfragen würden an den Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes (E. V.), Sonderausschuß für Hypothekenbankwesen in Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 14 Lu, zu richten sein.

Industrie, Handel, Handwerk

Kaligewerkschaft Volkenroda in Meuterode i. Thür. Die auf den 24. Juni einberufene Gewerkenversammlung soll u. a. die Aufnahme einer aus dem Bergwerks- und Grundbesitz der Gewerkschaft hypothekarisch sicherzustellenden Anleihe eventl. die Ausschreibung von Zubußen bewilligen.

Keine Erhöhung der Zinkpreise. In der Sitzung der Zinkhüttenvereinigung wurde mit Rücksicht auf die schwierige allgemeine Lage von einer Erhöhung der Zinkpreise zunächst Abstand genommen, trotzdem der jetzige Preis nicht mehr die Herstellungskosten deckt. Im Gegensatz zu anderslautenden Pressemeldungen wurde festgestellt, daß der Zinkabsatz zu wünschen übrig läßt.

Die Haferbewirtschaftung. Die vom W. T. B. gebrachte Notiz über die Aufhebung der Zwangswirtschaft des Hafers bestätigt sich, wie W. T. B. vom Reichsernährungsministerium erfährt, nicht. Die Beratungen über die neue Reichsgetreideordnung sind noch keineswegs abgeschlossen. Die Aufhebung der Bewirtschaftung von Gerste ist abhängig von dem Ausfalle der inländischen Brotgetreideernte und der Möglichkeit ihrer Ergänzung durch Zufuhren aus dem Auslande. Sie kann darum vorläufig noch nicht erörtert werden.

Preiserhöhung der Bleistifte. Neuerliche Lohnsteigerungen sowie die ständig zunehmende Verteuerung aller Rohstoffe und Betriebskosten zwingen die Mitglieder des Verbandes der Bleistiftfabriken, die bisher geltenden Aufschläge zu erhöhen auf: 100 v. H. für feinste Blei- und Kopierstifte in Holzfassung, 180 v. H. für alle übrigen Erzeugnisse, soweit nicht für einzelne Waren schon höhere Aufschläge bestehen.

Die deutsche Zuckerproduktion umfaßte im April d. J. 757 169 Doppelzentner und in der Zeit vom 1. September 1918 bis 30. April 1919 insgesamt 7 825 078 D.-Ztr. gegen 8 792 908 Doppelzentner im gleichen Vorjahrszeitraum 1917/18. In Rohzucker berechnet stellt sich die Gesamtherstellung in dem erwähnten achtmonatigen Zeitraum auf 13 443 865 D.-Ztr. gegen 15 290 145 Doppelzentner für die gleiche Zeit 1917/18. In den freien Verkehr gelangten in den acht Monaten 7,68 Millionen Doppelzentner gegen 7,97 Millionen Doppelzentner gegen Entrichtung der Zuckersteuer, sowie 2,06 Millionen Doppelzentner (im Vorjahre 1,99 Millionen) steuerfrei.

Gesellschafts-Abschlüsse

Grimme, Natalis u. Co., Kommandit-Ges. auf Aktien, Braunschweig. Die Gesellschaft schlägt für das abgelaufene Geschäftsjahr 12 Proz. Dividende (i. V. 16 Proz.) und ein Bonus von 30 M. (i. V. 0) vor.

Schroplauer Kalkwerke Akt.-Ges. in Schraplau bei Halle. Der Aufsichtsrat schlägt 8 (10) Prozent Dividende vor.

Kaligewerkschaft Kaiserode in Tiefenort. Der Absatz einschl. Werkers II betrug im Berichtsjahre 179 283 Doppel-Ztr. K_2O im Werte von 4 766 050 M. gegen 160 350 D.-Z. K_2O im Werte von 3 564 400 M. in 1917 bei einer Beteiligung von durchschnittlich 9,0024 gegen 9,0645 Tausendteil Ende 1917. Der Jahresüberschuß stellt sich einschließlich des Vortrages von 179 917 M. aus dem Vorjahre auf 1 490 150 M. und soll mit 819 121 M. zu Abschreibungen für Kaiserode, 379 607 M. zu Abschreibungen für Werkers, 55 000 M. für den Unterstützungs- und Wohlfahrtsfonds, 25 000 M. für die Arbeiterunterstützungskasse, 10 000 M. für Rückstellung für Talonsteuer verwandt und der Restbetrag mit 201 432 M auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Gothaische Kohlensäure-Werke (Sondra-Werke) Akt.-Ges. in Gotha und Berlin. Für 1918 konnten die anbauernd wachsenden Unkosten um die Steigerung der Preise für Roh- und Betriebsmaterialien durch die im Laufe des Berichtsjahres erfolgte Erhöhung der Verkaufspreise nicht in vollem Maße gedeckt werden. Die Rohüberschüsse sind auf 374 196 Mk. (i. V. 339 995 Mk.) gestiegen. Anderseits erforderten Abschreibungen 132 823 Mk. (126 522 M.), Handlungsunkosten 149 006 Mk. (94 556 Mk.), Allgemeine Unkosten 34 956 Mk. (27 444 Mk.), Steuern und Abgaben 4714 Mk. (4808 Mk.), Zinsen 8892 Mk. (1706 Mk.) und Rückstellungen 3750 Mk. (9478 Mk.). Zuzüglich 2178 Mk. (15 687 Mk.) Gewinnvortrag ergibt sich ein Reingewinn von 42 281 Mk. (92 067 Mk.), der wie folgt verwendet werden soll: Gewinnanteile und Gratifikationen 5514 Mk. (8089 Mk.), Zinsen für die Genußscheine 12 000 Mk. (12 600 Mk.), Auslosung von 50 Genußscheinen von je 200 Mk. gleich 10 000 Mk. (wie i. V.), Wiederauffüllung der Sonderrücklage 10 000 Mk. (—), Vortrag auf neue Rechnung 4717 Mk. (2178 Mk.). Im Vorjahre wurden noch 89 200 Mk. zur Ablösung der Vorzugsrechte der Vorzugsaktien verwendet, wovon 30 000 Mk. aus der Sonderrücklage entnommen wurden. Von den Genußscheinen sind noch im Umlauf 950 Stück gleich 190 000 Mk. Diese Zahl verringert sich nach der vorgeschlagenen Auslosung auf 900 Stück im Nominalwert von 180 000 Mk. Nach der Bilanz haben sich Debitoren auf 193 408 Mark (131 121 Mk.) erhöht, Kreditoren auf 89 592 Mk. (62 736 Mark). An Stelle des im Vorjahr mit 12 915 Mk. ausgewiesenen Bankguthabens ist eine Bankschuld von 460 578 Mk. getreten.

Verschiedene Mitteilungen

Die Stadtgemeinde Zeitz beschloß eine neue Stadtanleihe von 5 Millionen Mark, welche voraussichtlich der Sparkassengiroverband Berlin bei 4% Prozent Verzinsung zu pari übernimmt.

Kalibergbau und Wünschelrute. Bereits im Jahre 1911 waren auf einem Kaliwerk in Hannover Versuche mit der Wünschelrute unternommen worden, die zu günstigen Ergebnissen führten. Nun wird über Untersuchungen berichtet, die auf thüringischen Kalibergwerken unter Aufsicht von Geologen und Bergbautechnikern stattfanden und zeigten, daß mit der Wünschelrute genaue Aufschlüsse über die Gebirgsverhältnisse unter der Erde gegeben werden können. In einem Falle handelte es sich darum, festzustellen, ob die Rute auf einen im kompakten Salz liegenden Basaltgang, der bereits in einer Tiefe von mehreren hundert Metern durch den Bergbau festgestellt war, reagieren würde. Der Rutengänger war imstande, über Tage den Gang selbst und seinen Verlauf genau anzugeben. In einem zweiten Falle wurde auf einem anderen Kalibergwerk ein zwar noch nicht angebauter, aber seiner vermutlichen Lage nach bestimmter Basaltgang gesucht. Die Rute reagierte nun nicht an der entwarteten, sondern an einer anderen Stelle, und bei den weiteren unterirdischen bergbaulichen Arbeiten erwies sich, daß die Angaben der Rute richtig gewesen waren. Ebenso zeigte die Wünschelrute auf einem hannoverschen Kaliwerk die Lage von steilaufgerichteten Kalilagern genau an. Auf einem thüringischen Kaliwerk wurde sogar von dem Rutengänger ein Vorkommen im Salz festgestellt, das dann bei späteren Aufschlüssen an dieser Stelle gefunden wurde.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Das Bild der nahezu einheitlichen Festigkeit, das gestern die Börse bot, zeigte heute eine gewisse Trübung. Eine feste Stimmung war allerdings auch heute entschieden vorherrschend, aber Gewinnrealisierungen in den an den Vorlagen besonders gesteigerten Montanwerten, wie Deutsch-Luxemburg, Lothringer Hütte und Phönix, und die damit verbundenen Kursabschwächungen dieser Werte wirkten doch auf die Unternehmungslust etwas lähmend. Das Geschäft gestaltete sich sehr träge. Trotzdem konnten aber Kohlenwerte, wie Harpener und Gelsenkirchen, auf Grund der gestiegenen Kohlensyndikatsbeschlüssen Preiserhöhung etwas anziehen und Schiffahrtsaktien erfuhren weitere, allerdings weniger belangreiche Besserungen. Recht feste Haltung bekundeten Elektrizitätsaktien. Aber auch hier blieben die Besserungen geringfügig. Von chemischen Werten zeichnete sich die Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation durch einen Kursgewinn von 3 Proz. aus. Kolonialwerte schwächten sich nach festem Beginn etwas ab. Am Anleihemarkte konnten deutsche Anleihen sich gut behaupten. Kriegsanleihe wurde um eine Kleinigkeit höher, nämlich zu 77⅛, umgesetzt. Oesterreichische und ungarische Anleihen waren geschäftslos und nominell kaum verändert. In rumänischen und argentinischen Kupons fanden zeitweise lebhafte Umsätze statt. Die Börse schloß im allgemeinen fest. Nur Badische Anilin erlitt einen stärkeren Kursrückgang, und die zu Einheitskursen gehandelten Industriewerte waren ungleichmäßig. Kursbesserungen überwogen.

Produktenbericht. Den Mangel an Rauhfutter sucht man durch reiche Zufuhren von Grünfutter auszugleichen. Die Heuernte nimmt einen befriedigenden Fortgang. Nach Berichten vom Lande ist man mit dem Schnitt zufrieden. Neben Getreidestroh, das reichlich vorhanden ist, machen sich Ersatzmittel, wie Pelunschen und Rapsstroh, allmählich knapper. Von Serradella und Kleesaaten ist nicht viel zu hören. Für ersteren Artikel ist das Interesse ziemlich gesichmunden. Saatlupinen sind lebhaft gefragt, und es werden für beste Sorten bereits über 46 Mk. gezahlt. Futterlupinen erfreuen sich ebenfalls guter Nachfrage. Die Tendenz ist für Lupine als fest zu bezeichnen. Wetter: schön, heiter.

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt

Eisenbahn-Aktien:			
Halberstadt-Blankenb.	80,50	Gasmotoren Deutz	112,50
Halle-Hettstedter	70,25	Gebhardt u. Co.	—
Sehantungbahn	122,25	Gebhardt u. König	84,75
Alig. Lokal-Str.	130,50	Gelsenkirch. Bergb.	153,¼
Gr. Berl. Str.	121,50	Glauziger Zuckerfbr.	210,—
Magdeburger Str.-B.	—	Hallesche Masch.-Fabr.	312,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	275,75	Hann. Masch.	277,—
Orientbahn	231,50	Harpener Berg	152,50
Schiffahrts-Akt.:		Hasper Eisen	131,—
Hambg. Paketfahrt	87,75	Hirsch Kupfer	201,25
Hambg.-Südamerik.	146,25	Höchster Farbw.	232,50
Hansa-Dampfschiff	192,—	Hoesch Eisen u. Stahl	158,—
Nordd. Lloyd	91,⅞	Hohenlohe-Werke	98,—
Banken:		Humboldt-Masch.	115,25
Bank für Brhr.	—,—	Ilse-Bergbau	222,—
Berl. Handelsges.	144,75	Kahla-Porzellan	231,50
Comm u. Diskontobank	105,—	Kaliw. Aschersleben	149,—
Darmstädter Bank	109,¾	Körbisd. Zucker-Akt.	—
Deos. Landesbank	111,—	Kyffhäuserhütte	—
Deutsche Bank	166,—	Lahmeyer u. Co.	115,75
Diskonto-Comm.	145,25	Lauchhammer	136,50
Dresdner Bank	125,⅞	Laurahütte	141,25
Credit-Anst. Leipzig	—	Linke u. Hofmann	245,—
Mitteld. Kreditbank	110,—	Ludwig Loewe u. Co.	147,—
Privat-Bank	—	Lothringer Hütte	141,50
Nationalbank	—,—	Mannesmannröhren	168,—
Oesterr. Kredit	122,—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	105,50
Reichsbank	146,50	do. Caro Heg.	140,—
		do. Kokswerke	175,—
Industrie-Aktien:		Orenstein u. Koppel	154,50
Schultheiss-Brauerei	239,75	Phönix-Bergb.	168,75
Akt. f. Anilin	216,—	Rhein. Metall-Vorz.	149,50
Allgem. Elektr.-Ges.	160,¼	Rhein. Stahlwerken	170,—
Ammendorfer Papierf.	—,—	Riebeck. Montan	139,75
Anhalter Kohlenw.	156,—	Rombacher Hütten	104,75
Annaberger Steingut	171,—	Rositzer Brauerei	134,50
Badische Anilin	265,50	Rositzer Zucker	—
Bergmann-Elekt.-Akt.	137,75	Sangerhäuser Masch.	197,—
Berl. Masch.-Bau	162,50	Hugo Schneider u. Co	113,75
Bismarckhütte	179,—	Schuckert u. Co.	155,¼
Bochumer Gußstahl	165,¼	Siemens u. Halske	145,—
Chem. Fabrik Buckau	—	Stettiner Vulkan	103,50
Chem. Griesheim	171,75	Stolberger Zink	225,25
Chem. v. Heyden	168,—	Strala. Spielkarten	204,—
Consolidation Schalke	202,—	Thale-Eisenhütte	168,—
Crölwitzer Papierfbr.	200,—	Tritzis-Akt.-Ges.	446,—
Daimler-Motoren	174,50	Türkisch. Tabakregie	142,25
Deutsch-Luxemburg	145,25	Ver. Köln-Rottweiler	298,—
Deutsche Uebersee-El.	220,—	Glanzstoff Elberf.	—,—
Deutsche Erdöl	—	Wegelin u. Hübner	170,—
Deutsche Gaslühl.	289,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	202,50
Deutsche Kali	156,—	Westeregeln-Alkali	157,50
Deutsche Waff. u. Mun.	204,—	Wittener Gußstahl	115,—
Donnersmarkhütte	191,50	Wrede-Mälzerei	—
Döring u. Lehrmann	90,50	Zelch.-Kriebitzsch. Brk.	263,—
Dürkoppwerke	260,50	Zeitzer Masch.	179,—
Elberfelder Farben	249,50	Zellstoff Waldhof	118,50
Felten u. Guilleaume	154,50	Otavi-Minen	—

Hauptschriftleiter: Helmut Böttiger (Verreist).
Verantwortlich für den politischen Teil: i. V. Hans Heiling; für Feuilleton und Kunst und Sport: Hans Heiling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenteil: Paul Kerpen; sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Hallischen Zeitung Otto Thiele, Halle a. S.
Verlagsdirektor: Robert Poesch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191906131-12/fragment/page=0004